

Vereint im »Nie wieder«

Holocaust-Gedenktag: Warnung vor Fremdenhass und Antisemitismus



Berlin(dpa). Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat zum Holocaust-Gedenktag einen wachsenden Antisemitismus und Fremdenhass beklagt. Merkel nannte es eine »Schande«, dass keine jüdische Einrichtung in Deutschland ohne Polizeibewachung existieren könne.

Es sei eine »tägliche Aufgabe«, sich mit aller Kraft Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenzustellen. Merkel betonte in einer Videobotschaft, wichtig sei »eine gute Geschichtsbildung« in den Schulen, um möglichem Antisemitismus auch bei Schülern aus arabischen Ländern entgegenzuwirken. »Antisemitismus gehört nicht in unsere Gesellschaft, das hat mit Integration nichts zu tun.« Die Kanzlerin plädierte zugleich für eine neue Erinnerungskultur. Weil die Zahl der Überlebenden abnehme, sei es notwendig, das Konzept der Gedenkstätten zu stärken. Die Stimme der Zeitzeugen müsse erhalten werden.

Am 27. Januar 1945 hatten sowjetische Truppen das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz befreit. Allein dort waren etwa 1,1 Millionen Menschen ermordet worden. Seit 1996 ist der 27. Januar Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Dabei wird der sechs Millionen ermordeten europäischen Juden gedacht, der Sinti und Roma, der Zwangsarbeiter und aller anderen NS-Opfer.

Auch die Holocaust-Überlebende Hanni Lévy beklagte auf dem Grünen-Parteitag zunehmende Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. »Früher hat man gesagt, die Juden sind an allem schuld, heute sind es die Flüchtlinge«, sagte die 93-Jährige, die sich während des Holocausts in Berlin vor Nazi-Verfolgung versteckte. »Man sollte nie vergessen, wie schwer es für Menschen ist, alles zurückzulassen, um zu leben.«

In Berlin wurde am Samstag am Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen ein Kranz niedergelegt. Aufgerufen hatten der Lesben- und Schwulenverband sowie die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) mahnte: »Wir dürfen rassistischer und antisemitischer Hetze und Ausgrenzung keinen Raum geben.« Auch das öffentliche Verbrennen von Flaggen des Staates Israel sei nicht hinnehmbar.

Der ehemalige Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) rief zur stetigen Verteidigung der Demokratie auf. »Wie bitter nötig das auch heute ist, haben uns in jüngerer Vergangenheit die unglaubliche, entsetzliche NSU-Mordserie und bis in diese Tage hinein antisemitisch motivierte Gewalttaten gezeigt, ebenso wie der islamistische Terrorismus fast überall in der Welt, auch in Europa«, sagte er bei einer Gedenkveranstaltung im Landtag in Magdeburg.

NRW-Landtagspräsident André Kuper (CDU) aus Rietberg warnte ebenfalls vor aufkeimendem Antisemitismus und Rassismus. »Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind in Deutschland unverhandelbar. Wer hier lebt, muss sich zu ihnen bekennen«, erklärte Kuper am Samstag in Düsseldorf. »Jeder Form von aufkeimendem Antisemitismus, von Rassismus, religiös getarnter Ausgrenzung und nationalistischem Gehabe werden wir entschieden entgegentreten.«
